



Die neue Ordnung

Eine Geschichte des
neo-liberalen Europa auf

dem alten
Kontinent

Philipp Ther

Suhrkamp

Philipp Ther
**Die neue Ordnung
auf dem alten Kontinent**

Eine Geschichte
des neoliberalen Europa

Suhrkamp Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagfoto: Przemysław Zacharuk

Erste Auflage 2014
© Suhrkamp Verlag Berlin 2014
Alle Rechte vorbehalten,
insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung
elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.
Satz: Greiner & Reichel, Köln
Druck: C. H. Beck, Nördlingen
ISBN 978-3-518-42461-2

Inhalt

1. Einleitung

Persönliche Vorbemerkungen 7 – Historisierung 17 – Ursprünge des Neoliberalismus 22 – Der Begriff der Transformation 26

2. Krisen und Reformdebatten der achtziger Jahre

Der Niedergang des Staatssozialismus 41 – Alternative Lesart des Kalten Krieges 45 – Die neoliberale Wende in West und Ost 47

3. Die Revolutionen von 1989 bis 1991

Ablauf und Reichweite der Revolutionen 58 – Erklärungsansätze 61 – Zentren und Akteure der Revolution 75 – Die »verhandelte« Revolution 80

4. Praxis und Nebenwirkungen des Neoliberalismus

Periodisierung der Transformation 86 – Transformationskrisen 90 – Systemimmanente Probleme 104 – Typologie der Reformresultate 111

5. Die zweite Welle des Neoliberalismus

Neoliberale Außendarstellung 122 – Die Flat-Tax-Systeme und der Populismus 124 – Humankapital 129 – Der neue Wohlstand 136 – Reiche Städte, armes Land 143 – Die Rolle der EU 156

6. Ostmitteleuropäische Metropolen im Vergleich

Äpfel und Birnen? Zu den Zielen des Vergleichs 174 – Die Ausgangsbasis 177 – Transformation von unten 181 – Die Gründerzeit 190 – Armes Berlin 198 – Boomtown Warschau 205 – Konvergenz der Metropolen 214

7. Bilanz nach der Krise

Ende des wirtschaftlichen Aufholprozesses? 226 – Der Verlauf der Krise 233 – Das Beispiel der Fremdwährungskredite 238 – Politische Reaktionen auf die Krise 244

8. Der Süden als neuer Osten

Dauer und Tiefe der Krise 253 – Migration als Ausweg 265 – Das Mental Mapping Europas 267

9. Kotransformation

Die Sozial- und Arbeitsmarktreformen in Deutschland 279 – Der Diskurs um die Zivilgesellschaft 290 – Die Politiker, die aus dem Osten kamen 297

10. Genutzte und verpasste Chancen

Die Partizipation an der Revolution 306 – Die Werte der Revolution 315 – Geburtswehen des vereinigten Europa 324 – Der Konflikt um die Ukraine 332 Perspektiven nach dem Neoliberalismus 343

Anmerkungen 357

Ausgewählte Literatur 401

Bildnachweise 417

Dank 419

Orts- und Personenregister 421

1. Einleitung

Persönliche Vorbemerkungen

Der Ursprung dieses Buches liegt im Jahr 1977, in einem klimatisch und politisch sonnigen Sommer, als die erste Ölkrise überwunden war und sich die Entspannungspolitik in Europa ihrem Zenit näherte. Die Zeit der Ost-West-Konfrontation schien vorüber zu sein, die KSZE-Schlussakte von 1975 schuf Vertrauen, die Bundesregierung gab sich überzeugt, dass ein »Wandel durch Annäherung« möglich sei. Dieser politische Kontext trug dazu bei, dass sich meine Familie für eine Sommerreise in den »Ostblock« entschied. Dieses Wort sprach man bei uns zu Hause trotz der Détente mit einem furchtsamen Unterton aus. Der »Osten« stand für den Kommunismus, der »Block« für die Abgeschlossenheit und die militärische Bedrohung. Daher war der Reiseplan wie folgt: Erst einmal nach Ungarn, das Land galt als die »fröhliche Baracke« des Ostblocks, dann nach Polen und als letzte Stationen das Riesengebirge und Verwandte in Prag. Der Auftakt der Reise verlief gut, an der österreichisch-ungarischen Grenze hing kein »Eiserner Vorhang«, die Grenzer grüßten freundlich, außerdem war man damals Pass- und Zollkontrollen auch innerhalb des Westens gewohnt. Budapest war im Nu erreicht, die Donau glitzerte, und das abends verzehrte Gulasch, das der ungarischen Variante des Kommunismus seinen Namen gab, schmeckte besser als daheim in der noch fad würzenden Bundesrepublik.

Das erste Erlebnis, das auf das Jahr 1989, den Zusammenbruch des Ostblocks, und die nachfolgende Transformation verwies, stellte sich nach Einbruch der Dunkelheit auf dem großen Campingplatz von Budapest ein. Am Eingangstor gab es zwei Schalter und zwei Menschenschlangen, eine lange und eine kurze. In der langen Schlange, die sich nicht bewegte, warteten Deutsche, die einen ungewohnten Dialekt sprachen, mit leeren Händen dastanden und böse dreinblickten. In der kurzen Schlange daneben standen ebenfalls Deutsche. Sie waren aber so angezogen wie wir und hielten

D-Mark-Scheine in den Händen. Mir war es als Teenager peinlich, an der Hand des Vaters die lange Schlange zu überholen. Ich bekam erklärt, dass man in unserer Schlange mit D-Mark zahlt und dafür sofort einen Standplatz für Zelt und Auto erhält, während die Menschen in der anderen Schlange mit ihren Ost-Mark so lange warten mussten, bis sich kurz vor der Schließzeit herausstellen würde, ob noch Plätze frei sind. Ich fragte meinen Vater empört, wie das denn sein könne, die Länder im Ostblock seien doch befreundet (so hatte mir das die böhmische Oma erklärt, stets mit warnendem Unterton vor »den Russen«). Mein Vater antwortete, die kommunistischen Länder litten unter Devisenmangel, deswegen seien sie scharf auf die D-Mark für den Zeltplatz und knöpften uns diesen Zwangsumtausch ab, jeden Tag 25 Mark, Kopfgeld sozusagen. Ich schlug vor, den Ostdeutschen in der langen Schlange ein paar D-Mark zu geben, wir könnten sie doch tauschen wie Schillinge in Österreich. Es folgte eine weitere Diskussion darüber, später auch mit den Zeltnachbarn aus Karl-Marx-Stadt, wieso man im Ostblock nur auf der Bank Geld wechseln darf und was ein offizieller Umtauschkurs ist.

Der Abend auf dem Campingplatz von Budapest war wie ein Crashkurs in internationaler Ökonomie: Ostwährung, Westwährung, Devisen, Exporte, Importe, Auslandsschulden, Devisenknappheit, Zwangsumtausch, offizieller Umtauschkurs und – gewissermaßen als »Ökonomie von unten« – inoffizieller Umtauschkurs, Schwarzmarkt. Die offensichtliche Ungerechtigkeit mit den beiden Schlangen und die bösen Blicke derer, die sich die Beine in den Bauch standen und im ungünstigen Fall im Auto schlafen mussten, ließ mir keine Ruhe. Eine Woche später, nach langer Wartezeit und Kontrollen an der ungarisch-slowakischen und dann der tschechisch-polnischen Grenze, die gar nicht zum offiziellen Bild der sozialistischen Völkerfreundschaft passen wollten, folgte in Krakau die Möglichkeit, das neu erworbene ökonomische Wissen anzuwenden. Die polnischen Freunde, die wir einen Sommer zuvor als Autostopper auf ihrer ersten Westreise – auch das war eine Folge der Entspannungspolitik – kennengelernt hatten, wollten von uns D-Mark kaufen. Sie verwiesen auf die steigenden Preise, die leeren Läden und den fallenden Wert ihrer Währung. Es war klar, dass in Polen

vor allem D-Mark und Dollar zählten und nicht der einheimische Złoty. In den marktwirtschaftlichen Kompetenzen einfacher Bürger lag ganz im Kleinen eine der Wurzeln des Erfolgs der »polnischen Wirtschaft« ab den neunziger Jahren, doch auf dieser Reise ahnte natürlich niemand, dass der Ostblock je zusammenbrechen würde.

Im fallenden Schwarzmarktkurs des Złoty zeichneten sich 1977 die massiven ökonomischen Probleme der Volksrepublik Polen ab. Wie man seit der Öffnung der Archive genauer weiß, begann damals eine fünf Jahre dauernde Talfahrt der polnischen Wirtschaft.¹ Die erhoffte Modernisierung durch Technologieimporte war gescheitert und hinterließ Schulden im Westen, die das Land kaum abbezahlen konnte. Für mich als Teenager war die aufkommende Inflation, die es in der Planwirtschaft eigentlich gar nicht geben durfte, kein Nachteil, ganz im Gegenteil. Für meine fünf Mark gespartes Taschengeld bekam ich von der Gastfamilie mehr als dreimal so viele Złoty wie mein Vater auf der Bank zum offiziellen Umtauschkurs. Für die Alu-münzen und den Stapel Scheine, die so dünn und knittrig in der Hand lagen wie Monopoly-Geld, konnte ich mir eine Woche lang unbegrenzt Eis kaufen und Postkarten an alle Freunde schicken. Seltsamerweise gab es keine Kugelschreiber oder Tintenpatronen. Ohne es zu wissen, war ich in Polen »Devisenausländer« geworden und nahm damit eine privilegierte Position ein. Doch dieser Genuss im real existierenden Sozialismus war nicht ungetrübt. Ich bekam rasch mit, dass sich die einheimischen Jugendlichen kein Eis leisten konnten, von Jeans oder Turnschuhen ganz zu schweigen. Außerdem musste man in Krakau zwar nicht für einen Campingplatz anstehen wie in Budapest, aber für Fleisch, Zucker, Schlagsahne und andere Dinge, die für uns »Westler« völlig selbstverständlich waren.

In unserem dritten Reiseland, der Tschechoslowakei, gab es diese Art der Mangelwirtschaft nicht. Die Verwandten in Prag fuhren einen neuen Škoda, wohnten in einem modernen Einfamilienhaus am Hochufer der Moldau und besaßen eine großzügige Datsche mit Badestelle. Höher war der Lebensstandard unserer sechsköpfigen westdeutschen Familie auch nicht. Aber der Großonkel und sein Sohn beschwerten sich hinter verschlossener Tür über die politische Lage. Sie fanden die »Normalisierung« nach der Niederschlagung des Pra-

ger Frühlings unerträglich und schilderten anhand eigener Erfahrungen die Ineffizienz der Großbetriebe, in denen sie als Ingenieure tätig waren. Der wachsende technische Rückstand ihres Landes war ihnen bewusst und traf ihren beruflichen und nationalen Stolz. Außerdem war die Überwachung an den symbolischen Orten der Prager Innenstadt, zum Beispiel dort, wo sich im Januar 1969 der Student Jan Palach aus Protest gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei verbrannt hatte, so drückend, dass dies jedem halbwegs aufmerksamen Besucher auffiel.

Doch es gab einige Menschen, die nicht resignierten, im Osten die mutigen Dissidenten, im Westen unter anderem unser Schuldirektor, der aus Prag stammte. Er organisierte nach der Niederschlagung der Solidarność im Herbst 1981 den massenhaften Versand von Lebensmittelpaketen nach Polen. Nach einer Verhaftungswelle gegen Dissidenten der Charta 77 schickten wir geistiges Frachtgut in die Tschechoslowakei, Bücherpakete mit verbotener Literatur – von uns Schülern gesammelt und eingepackt. Die Länder jenseits der Blockgrenze waren also, anders als es der tschechische Schriftsteller Milan Kundera 1983 in seinem einflussreichen Essay über die »Tragödie Zentraleuropas« beklagte, nicht ganz vergessen.² Wichtiger aber als diese westlichen Zuwendungen war, historisch betrachtet, dass der Ostblock an den Westen heranrückte. Immer mehr Polen, Ungarn, Tschechen lernten seit der Détente das westliche Europa kennen, sei es als Touristen wie die Krakauer Freunde, als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft oder als offizielle Geschäftspartner.

Die staatlichen Wirtschaftsexperten des Ostens beobachteten auch die damaligen wirtschaftlichen Probleme des Westens aufmerksam, die steigende Geldentwertung und Arbeitslosigkeit und die immer höheren Defizite in den Staatshaushalten, die wiederum die Inflation anheizten. Die späteren Reformpolitiker Václav Klaus und Leszek Balcerowicz registrierten den internationalen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik vom Keynesianismus, der allgemein als gescheitert galt, zum Monetarismus, zur Steuerung der Wirtschaft über die Geldmenge, über die wiederum unabhängige Zentralbanken wachten. Infolge der Wahlsiege von Margaret Thatcher und Ronald Reagan wurden die Privatisierung von Staatsunter-

nehmen, die Liberalisierung zuvor ziemlich strikt regulierter Branchen (wie zum Beispiel der Finanzwirtschaft) und ganz allgemein die Zurückdrängung des Staates aus der Wirtschaft zum Regierungsprogramm Großbritanniens und der USA. Von diesen neoliberalen Einflüssen war in Kontinentaleuropa zunächst wenig zu spüren, aber auch die sozialdemokratisch regierten Länder diskutierten, ob der Staat mit seinen vielen Sozialleistungen nicht überfordert sei.

Wenngleich sich nach der erneuten Rezession Anfang der achtziger Jahre in allen westlichen Ländern ein wachsendes Krisenbewusstsein breitmachte, waren die Probleme des planwirtschaftlich organisierten Ostblocks offensichtlicher und fundamental. Die ständigen Versorgungsengpässe, die unübersehbaren Ungerechtigkeiten und der wachsende wirtschaftliche Rückstand gegenüber dem Westen gehören zu den Ursachen, wegen derer der Kommunismus als Ideologie und der Staatssozialismus als dessen Umsetzung scheiterten. Doch niemand erahnte vor 1989 das nahende Ende, weder die Osteuropaexperten, die in diesem Buch eine tragende Rolle spielen werden, noch die Freunde und Bekannten im Ostblock, die im Laufe der achtziger Jahre auf weiteren Reisen hinzukamen. Waffeleis spielte nun keine Rolle mehr, dafür aber der lukrative Tausch und Verkauf von Nylonstrumpfhosen und Musikkassetten, die dem inzwischen zum Studenten herangewachsenen Autor unbeschwerte »Ost-Urlaube« voller interessanter Gespräche ermöglichten. Noch im Sommer 1989 gingen die westlichen Sowjetologen fast ausnahmslos vom Fortbestand des Ostblocks und der Sowjetunion aus. Man kann diese Ahnungslosigkeit mit der »wisdom of hindsight«, dem Nachwissen des Historikers kritisieren. Intellektuell befriedigender ist es jedoch, sich in die Vergangenheit zurückzusetzen und jeder Epoche ein offenes Ende zuzugestehen. Gerade deshalb bedarf es einer Erklärung, warum die alte Ordnung in den Jahren 1989-91 so plötzlich kollabierte und welche Folgen dies auf globaler Ebene hatte.

Wie sehr es politisch gährte, zeigte sich sogar in der mit harter Hand regierten Tschechoslowakei. Bei einer der vielen Reisen, dieses Mal zum 1. Mai 1989, löste sich aus der offiziellen Kundgebung auf dem Prager Wenzelsplatz eine Gegendemonstration und rief regime-

kritische Slogans. Ehe die Sicherheitskräfte eingreifen konnten, hatten sich die Demonstranten wieder hinter die roten Fahnen und die Banner von Marx, Engels und Lenin eingereiht. Am selben Abend kam es zu schweren Krawallen. Die Polizeigewalt bestärkte die Opposition jedoch in ihrer Strategie der Gewaltlosigkeit. Deren Erfolg zeigte sich im Herbst in Prag, analog dazu in Leipzig und Ost-Berlin. Zwar waren die Zentren der großen Städte voll mit Polizei, Milizionären und Geheimpolizisten, die man oft an ihren Lederjacken und aufgedunsenen Gesichtern erkannte, aber mehrere hunderttausend Demonstranten konnte man weder niederknüppeln noch verhaften. Die Macht der Masse hatte in jenem Herbst vor 25 Jahren eine unwiderstehliche Sogwirkung.

Doch Anfang November wussten die Demonstranten auf dem Prager Wenzelsplatz (Václavské náměstí) und ihr Zaungast aus dem Westen nicht, ob all die Uniformierten und Lederjackenträger klein beigegeben würden. Die allgemeine Anspannung verband Tausende von Menschen, die sich vorher nie gesehen hatten. Entsprechend groß war die kollektive Erleichterung und Freude, als Ende November alles gut ausgegangen war. Es herrschte ein Gefühl wie auf einer Abiturfeier, der Test ist bestanden, die alten Autoritäten haben nichts mehr zu sagen, die Welt steht uns offen, alles ist möglich.³

Auf den Rausch folgte die Ernüchterung. Besonders spürbar war das im Winter 1989/90 in Berlin, eine Reisestation nach dem Umsturz in Prag. Die West-Berliner klagten über die Massen aus dem Osten, die mit ihren stinkenden Autos die Straßen verstopften und die Supermärkte leerkauften. Auf einmal mussten die West-Berliner selber Schlange stehen, eine ungewohnte Erfahrung. Die postkommunistischen Gesellschaften bekamen bald ganz andere Probleme. In Polen vernichtete die Hyperinflation sämtliche Ersparnisse in Złoty und drückte die realen Gehälter – real war vor allem der Gegenwert in Valuten – auf weniger als hundert Mark im Monat. Die Tschechoslowakei befand sich wegen ihrer geringen Auslandsschulden in einer besseren Ausgangslage und zögerte mit radikalen Reformen. Doch die Streichung der Subventionen für Lebensmittel ließ die Preise für Milchprodukte und Gemüse um fast die Hälfte, für Brot um ein Drittel nach oben schnellen.⁴ In der DDR stellten

Hunderte von Fabriken den Betrieb ein und entließen ihre Belegschaften. Diese wirtschaftliche Misere führte nicht zu einem »Dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus, wie ihn einige ehemalige Dissidenten forderten. Der Sozialismus war als Begriff und System 1990 zu unpopulär, um damit Wahlen zu gewinnen oder Kredite aus dem Westen zu erhalten.

Aufgrund der politischen und ökonomischen Dynamik des Umbruchs setzte sich Anfang der neunziger Jahre in fast allen postkommunistischen Staaten eine neoliberale Wirtschaftspolitik durch. Die Gesellschaften westlich der ehemaligen Mauergrenze waren sich der Tragweite dieses Paradigmenwechsels nicht bewusst oder wurden davor abgeschirmt, indem man vollmundig ankündigte, der Osten würde wie der Westen werden. Das steckte hinter der Formel der »blühenden Landschaften«, die Helmut Kohl geprägt hatte. Die sogenannten »Reformstaaten« lagen östlich des Eisernen Vorhangs, der in den Köpfen der Menschen noch nicht hochgezogen war. Der Begriff der »Transformation« blieb in der sozialwissenschaftlichen Forschung ebenfalls für die östliche Hälfte Europas reserviert. Damit suggerierten die westlichen Regierungen und Experten implizit, dass sich im Osten fast alles, dagegen im Westen fast nichts ändern müsse. Es handelte sich letztlich um ein Containment, eine Eindämmung der Revolutionen von 1989.

Wie sich die »Schocktherapie« im Osten auswirkte, konnte man derweil in Polen miterleben. Wieder ein Besuch bei den Krakauer Freunden aus der Zeit der Détente: Die Stadt liegt unter dem braunen, beißenden Dunst des Stahlwerks in Nowa Huta, doch die Menschen sind im Herbst 1991 froh, dass die Schornsteine rauchen, denn sonst gäbe es noch mehr Arbeitslose. Im Stadtzentrum sind abends nur drei Restaurants geöffnet, weil es sich niemand mehr leisten kann, essen zu gehen. In den Läden stehen viele Regale leer, nicht aufgrund des mangelnden Warenangebots wie vor 1989, sondern wegen fehlender Nachfrage. Fast niemand hat Geld, um sich etwas zu kaufen. Nur die Bauernmärkte florieren, weil man sich dort billig mit Zwiebeln, Kartoffeln und anderen Grundnahrungsmitteln eindecken kann. Ist das die versprochene neue Ordnung? Wohin sollen die Wirtschaftsreformen führen?

Ein letzter Zeitsprung, in die Jahre nach der EU-Erweiterung: Warschau, Krakau, Prag, Berlin-Friedrichstraße: überall Einkaufspaläste, Licht, auch spät in der Nacht eine dichte Geräuschkulisse, genährt vom unablässigen Autoverkehr, von Musik aus Bars und Geschäften. Ist man hier noch im Osten oder schon im Westen? Die Klanglandschaften sind dieselben, ebenso die optischen Reize. Der Eindruck verändert sich, wenn man über das Land zwischen den Metropolen fährt. In den Kleinstädten stehen Plattenbauten leer, Fabrikrüden zeugen von den sozialistischen Modernisierungsversuchen, auf den Dörfern gibt es viele alte Menschen, aber kaum Kinder und somit offenbar wenig Hoffnung für die Zukunft.

Diese Diskrepanz zwischen Wohlstand und Armut, Aufschwung und Stillstand, Stadt und Land ist kein Spezifikum des ehemaligen Ostblocks mehr. Wachsende regionale und soziale Unterschiede prägen Europa in West und Ost, viele Industriestädte im Ruhrgebiet sind heute so grau wie es einst der DDR nachgesagt wurde. Dabei haben sich die Staaten und Gesellschaften auf der westlichen Seite der früheren Blockgrenze in den letzten Jahren wirtschaftlich relativ gut entwickelt. Auch das hängt mit dem Thema dieses Buches zusammen: Die erweiterte Bundesrepublik, Österreich, Schweden und Finnland waren direkt von den Reformen und der damit entstehenden wirtschaftlichen Konkurrenz in Ostmitteleuropa betroffen. Sie mussten sich wirtschaftlich teilweise neu aufstellen und reformierten sich selbst. Man kann dies als »Kotransformation« bezeichnen. In den südeuropäischen Staaten war das Echo der Reformen hingegen schwächer.

Seit der 2010 ausgebrochenen Eurokrise gibt es einen neuen und gewollten Zusammenhang zwischen dem Osten und dem Süden Europas. Die Griechenland, Italien, Spanien und Portugal verordneten Reformen weisen Ähnlichkeiten mit den neoliberalen Einschnitten im postkommunistischen Europa auf, so zum Beispiel die Programme zur Personalreduktion im griechischen Staatsapparat oder die versuchten Privatisierungen in Italien und Spanien. Wird der Süden damit gewissermaßen zu einem neuen Osten? Was Dauer und Tiefe der Krise sowie ihre sozialen Folgen anbelangt, ist die Situation durchaus mit der im Ostmitteleuropa der neunziger

Jahre vergleichbar. Nur betreffen steigende Arbeitslosigkeit und Verarmung bislang primär die Jungen und nicht die ältere Generation wie nach 1989. Diese Unterschiede und Ähnlichkeiten motivieren dazu, dieses Buch bis in die jüngste Zeit reichen zu lassen.

Seit der Krise von 2008/09 (hier muss man eigentlich zwischen einer Finanz-, Budget- und Wirtschaftskrise unterscheiden) wird der Neoliberalismus offen hinterfragt. Eine polemische Abrechnung wäre jedoch fehl am Platz, denn der wirtschaftliche Umbruch im ehemaligen Ostblock bot viele Chancen, vor allem für die urbanen Zentren. Auf dem Land und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (das Baltikum hat seitdem eine so spezielle Entwicklung genommen, dass es eigens und nicht als Teil des postsowjetischen Raums betrachtet wird) war die Lage schlechter.

Wegen dieser regionalen Unterschiede ist es nicht einfach, eine allgemeine Bilanz der neoliberalen Reformen in Europa zu ziehen. Zweifelsohne fällt diese 2014 jedoch anders aus als vor dem Ausbruch der Krise. Während die postkommunistische Transformation vor einigen Jahren größtenteils als gelungen betrachtet wurde – darauf beruhte die Erweiterung der EU im Jahr 2004 –, sind Länder wie Lettland, Ungarn, Rumänien und Bulgarien seit 2008 wirtschaftlich und teilweise auch politisch ins Taumeln geraten. Das kann man ebenso für einige Dogmen des Neoliberalismus behaupten. Es gehörte zum Beispiel in den neunziger Jahren zu den Grundannahmen westlicher Experten, dass die Entwicklung von Marktwirtschaft und Demokratie miteinander verbunden sei und voneinander abhängen. Traf dies wirklich zu? Oder waren die »Schocktherapie« und andere neoliberale Einschnitte nicht unter anderem deshalb möglich, weil die postkommunistischen Demokratien sich erst festigen mussten und sich daher kaum organisierter Widerstand bilden konnte? Es gab selbstverständlich zahlreiche Unterstützer der neuen Ordnung. Die Menschen, die 1989 jung waren, hatten ungeahnte Aufstiegschancen und sie profitierten von den offenen Grenzen in Europa. Die damals über 40-Jährigen machten meist schlechtere Erfahrungen, weil sie nicht so einfach den Job wechseln konnten, familiär gebunden und damit weniger flexibel oder sogar direkt von sozialen Einschnitten und Entlassungen betroffen waren.

Das Stichwort der Erfahrung führt zur eigenen Positionsbestimmung, ein in den Sozial- und Geisteswissenschaften selten explizit gemachtes, aber eigentlich produktives Grundelement wissenschaftlichen Arbeitens. Zeitgeschichte bedeutet oft die Zeitzeugenschaft derer, die sie schreiben. Insofern kann der Zeitzeuge nicht der sprichwörtliche »Feind« des Historikers sein. Er hat sogar das Potenzial zum »Helferchen«, denn Erfahrungen im Kleinen ermöglichen einen anderen Blick auf größere Zusammenhänge und »conventional wisdoms«. Der zeitliche Abstand spielt dabei eine widersprüchliche Rolle. Einerseits lässt die Genauigkeit der Erinnerung nach, wenn Prozesse und Ereignisse länger zurückliegen (der Schwarzmarktkurs der tschechoslowakischen Krone im Jahr 1988 ist noch präsent, der Umrechnungskurs in die polnische »Speiseeis-Währung« aus dem Jahr 1977 dagegen vergessen), andererseits lassen sich manche Ereignisse und Prozesse mit wachsendem zeitlichen Abstand besser in einen weiteren Kontext einordnen und erklären. Bei zeitgenössischen Ereignissen ist der Historiker Chronist, wobei auch das ein Vorteil sein kann, zum Beispiel bei Oral-History-Interviews, die nur mit Mitlebenden geführt werden können.⁵ Die Chance liegt darin, das Wissen über länger und kürzer zurückliegende Veränderungen zu verbinden. Oft beruhen scheinbar neue Entwicklungen auf einem älteren, sich wiederholenden Muster.

Ein Beispiel: Wirtschaftliche Einschnitte und Reformen werden seit der jüngsten und in Europa noch nicht bewältigten Krise von 2008/09 sehr häufig mit dem Argument präsentiert, sie seien »notwendig«, »alternativlos« oder sogar »unausweichlich«. Wer Anfang der neunziger Jahre in Polen oder Tschechien gelebt und gearbeitet hat, kennt diese Formeln und die daran anschließenden öffentlichen Debatten – die hier übergreifend als Transformationsdiskurse bezeichnet werden. Damals wurden die Reformen mit ihren umfassenden sozialen Einschnitten ebenfalls auf diese Weise vermittelt. Es handelt sich mithin um eine rhetorische Figur, um eine bestimmte Politik oder konkrete Maßnahmen zu legitimieren und durchzusetzen. Diesen und anderen neoliberalen Transformationsdiskursen wird in diesem Buch viel Aufmerksamkeit gewidmet, weil sich durch solche Dechiffrierungen oft mehr erfahren lässt als durch Zehntel-

prozente in Wachstumsstatistiken oder andere quantitative Daten, die stets mit einem Schuss Skepsis zu betrachten sind.

Der Verlauf des Systemwandels seit den achtziger Jahren hing in hohem Maße davon ab, wie sich die Gesellschaften, sozialen Gruppen und einzelne Menschen auf die massiven Herausforderungen einstellten. Dies führt zum Topos der »Selbst-Transformation«, die sich nicht nur in Anpassungsleistungen erschöpft, sondern auch offenen oder versteckten Widerstand beinhalten kann. Seit 2008/09 lebt Europa – wenige glückselige Länder ausgenommen – mit der Erfahrung einer andauernden Krise, jedenfalls eines permanenten Krisenbewusstseins. Vielleicht sind die Erfahrungen aus den frühen neunziger Jahren nützlich, wenn es darum geht, wie man derartige Umbrüche meistern kann. Die »Helden« des vorliegenden Buches sind daher die Menschen, die es trotz eines Monatseinkommens von umgerechnet 100 bis 200 Euro und ohne Vermögen geschafft haben, den Alltag in einer sich rapide verändernden Umgebung zu bewältigen, ihre Familie zu unterstützen, an ihrer Zukunft zu bauen und daraus Lebensfreude zu ziehen. Diese Aufbruchsstimmung und ein optimistischer Blick in die Zukunft scheinen dem heutigen Europa fast völlig abhandengekommen zu sein.

Historisierung

Ab wann geht eine bestimmte Epoche in die Geschichte ein, ab wann gehört sie nicht länger zur »Gegenwart«, ab wann wird sie historisch? Trotz der klassischen Definition der Zeitgeschichte als »Epoche der Mitlebenden« kann auch der Tod ein Anhaltspunkt sein. Die frühen Protagonisten des Neoliberalismus, Margaret Thatcher und Ronald Reagan, sind ebenso verstorben wie ihr wirtschaftswissenschaftlicher Wegbereiter Milton Friedman. Auch die Reihen der Revolutionäre von 1989 lichten sich. Mit Václav Havel, Jiří Dienstbier, Bronisław Geremek und Tadeusz Mazowiecki sind in den vergangenen Jahren prominente Bürgerrechtler gestorben. Die Machthaber, die den Umbruch zugelassen haben, werden ebenfalls schon historisch. Michail Gorbatschow hat die achtzig überschritten, fast

alle früheren Reformkommunisten stehen im Rentenalter. Doch das unaufhaltsame Voranschreiten der Zeit betrifft nicht nur die Alten. Die einstige Jugend, die im Herbst 1989 die Straßen von Warschau, Budapest, Ost-Berlin, Prag und 1991 von Kyiv (so heißt die Stadt seit der Unabhängigkeit der Ukraine) und Moskau füllte, ist in die zweite Lebenshälfte eingetreten. Die Teilnahme an den Demonstrationen im Herbst 1989, der Jubel, als die Kommunisten abdankten, die Aufregung bei den ersten Wahlen wirken heute weit entfernt, nicht zuletzt wegen der massiven Veränderungen in den neunziger Jahren, die jeden der über 330 Millionen Bürger der postkommunistischen Staaten Europas und letztlich alle Europäer betrafen.

Gerade weil die aktive Erinnerung der damaligen Akteure stirbt oder verblasst, ist die Stunde der Geschichtspolitik gekommen. Bei den Jubiläumsfeierlichkeiten im Jahr 2009 zelebrierten die politischen Eliten in Deutschland und Europa die Zivilcourage von 1989 und die Errungenschaften der Freiheit und Demokratie. Symbolisch ließ man in Berlin noch einmal die Mauer in Form von Domino-Steinen einstürzen, die zuvor Künstler im Regierungsauftrag gestaltet hatten. Angela Merkel und ihre prominenten Gäste inszenierten das »Annus Mirabilis« als Gründungsakt des vereinigten Deutschland und des vereinigten Europa.⁶

Auch die wissenschaftlichen Diskussionen um die Ereignisse von 1989 und die anschließenden Reformen werden seit einigen Jahren im Stil einer historischen Debatte geführt. 2009 begann eine lebhaft Auseinandersetzung darüber, ob es sich bei dem Umbruch zwanzig Jahre zuvor überhaupt um eine Revolution gehandelt hat. Eine zweite Debatte kreiste darum, welches Rezept der nachfolgenden »Transformation« erfolgreicher war, die »Schocktherapie« oder ein gradueller Umbau von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Diese Fragen an die Geschichte sind auch deshalb aktuell geworden, weil die EU, der Internationale Währungsfonds (IWF, englisch IMF), die Weltbank und einheimische Experten im krisengeschüttelten Süden Europas seit einigen Jahren ein Repertoire von Reformen anwenden, das aus den postkommunistischen Staaten bekannt ist. Die Bundesrepublik wurde bereits ab 2001, unter der Regierung Schröder, »kotransformiert«.



Abb. 1: Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989: feiernde Menschen in der Nähe des Brandenburger Tores.

Als Lehrender an der Universität spürt man den Übergang eines Themas von der Gegenwart in die Geschichte außerdem an den Lebensläufen und Fragen der Studierenden. Die meisten von ihnen wurden bereits nach 1989 geboren. Dass es einmal eine Mauer, Selbstschussanlagen, Hunderttausende von Geheimdienstspitzeln und ein mit der Demokratie konkurrierendes System gab, ist nicht mehr präsent. Obwohl die anschließende neoliberale Transformation die Lebenswelten im heutigen Europa auf vielfältige Weise prägt – man denke nur an die Reisefreiheit, die offenen Grenzen, den nochmals gewachsenen, aber ungleich verteilten Wohlstand und die härtere wirtschaftliche Konkurrenz in fast allen Lebensbereichen –, steht die historische Forschung zu dieser Epoche noch am Anfang.

Das vorliegende Buch nähert sich dem neoliberalen Europa zunächst chronologisch. Nach dieser Einführung geht es in Kapitel 2 um die Voraussetzungen des Umbruchs, allen voran die Reformdebatten in Ost- und Westeuropa in den achtziger Jahren. Dementsprechend werden neben der Analyse von Expertendiskursen vor allem Medien als Quellen genutzt. Die These ist dabei, dass die

Verknüpfung dieser Debatten, das Scheitern der graduellen Reformen im Ostblock und das Ende der östlichen Systemkonkurrenz eine Hegemonie des Neoliberalismus zur Folge hatten. Der spezifische Verlauf des Kalten Krieges in Europa und dessen Beilegung bedürfen somit einer eigenen, kritischen Betrachtung. Bezüglich der Umwälzungen in den Jahren 1989–91 geht es darum, die Revolutionen begrifflich näher zu bestimmen und zu erklären (vgl. dazu Kapitel 3). Der nächste Schwerpunkt liegt auf dem Verlauf und den Resultaten der Transformation – ein Begriff, der meist im Singular steht, obwohl sich die Entwicklungspfade der postkommunistischen Länder erheblich unterscheiden. Dies kann angesichts der Größe des Raumes, der unterschiedlichen Dauer und Ausprägung der kommunistischen Herrschaft und der noch weiter zurückliegenden Vorgeschichte der einzelnen Gesellschaften nicht verwundern. Dennoch wird der Raum, den man im Kalten Krieg als »Ostblock« bezeichnete, in der Geschichtswissenschaft und den Sozialwissenschaften immer noch häufig als eine Einheit betrachtet.

Im vierten Kapitel des vorliegenden Buches geht es um die wachsenden Unterschiede *innerhalb* der postkommunistischen Länder einschließlich der ehemaligen DDR infolge der neuen, neoliberalen Ordnung.⁷ Zwischen den wirtschaftlichen Wachstumskernen und den im Zuge der Reformen abgehängten ländlichen Regionen liegen sprichwörtliche Welten, ein Thema, das hier unter der Formel »Reiche Städte, armes Land« behandelt wird. Um diese Unterschiede zu erfassen, reicht es im Prinzip sogar noch heute aus, von Berlin, Warschau oder Budapest aus fünfzig Kilometer weit aufs Land zu fahren. Der Augenschein kann jedoch irreführend sein und verblasst im Zug der Zeit. Daher wurde für das vorliegende Buch umfangreiches statistisches Material recherchiert (unter anderem von der EU-Statistikbehörde Eurostat, der Weltbank, der OECD, des IWF, diversen Regierungsbehörden und Nationalbanken). Aus Platzgründen werden die Datenbanken im Literaturverzeichnis nicht noch einmal eigens aufgeführt. Sie sind jedoch selbstverständlich in den Endnoten dokumentiert, in der Regel mit Stichwörtern, die weitere Recherchen im Internet erleichtern sollen.⁸ Oft stellten sich die Recherchen als ziemlich aufwendig heraus, weil die Daten auf ver-

schiedenen Grundlagen beruhen, sich manchmal widersprechen und überwiegend auf die nationalstaatliche Ebene ausgelegt sind. Statistiken können bekanntlich soziale Lebenswelten und den Alltag der Menschen nicht adäquat wiedergeben, daher werden sie mit Archivmaterial (zum Beispiel aus den Verwaltungen der Hauptstädte), Expertenberichten, zahlreichen Zeitungsberichten und anderen medialen Quellen sowie gelegentlich persönlichen Betrachtungen kombiniert.⁹

Die intranationalen Divergenzen bzw. die wachsenden Unterschiede innerhalb einzelner Länder gingen mit einer Konvergenz auf internationaler Ebene einher. Dies zeigt der Vergleich zwischen den Metropolen Warschau, Prag, Budapest, Berlin und Wien. Punktuell werden Bratislava (trotz der mit gut 400 000 Menschen geringeren Einwohnerzahl) und die ukrainische Hauptstadt Kyiv als postsowjetisches Beispiel herangezogen. West-Berlin und Wien waren bekanntlich nicht Teil des Ostblocks, für diese erweiterte Perspektive spricht jedoch die Überzeugung, dass man 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr ausschließlich in dessen räumlichen Kategorien denken sollte.

Die Gegenüberstellung der Metropolen hat erbracht, dass die deutsche Hauptstadt, die sich in den neunziger Jahren auf dem Weg »von der Großstadt zur Weltstadt zur Metropole« wähnte,¹⁰ in der ostmitteleuropäischen »Regionalliga« 2007/08 wirtschaftlich von Prag und Warschau abgehängt wurde. Das lässt sich anhand verschiedener Indikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, der Arbeitslosigkeit und der Bevölkerungsentwicklung nachweisen.¹¹ Diese Daten sind eine Voraussetzung, um die Dynamiken der postkommunistischen Gesellschaften und der neuen, neoliberalen Ordnung zu verstehen. Anfang der neunziger Jahre war die Situation in den Hauptstädten noch umgekehrt, Berlin lag weit vor den Metropolen im östlichen Europa. Es stellt sich die Frage, warum Berlin hinter den Erwartungen zurückblieb und was dies über den deutschen (Sonder-)Weg der Transformation besagt. Vorab sei erwähnt, dass Berlin-Bashing, ein beliebter Sport im wiedervereinigten Deutschland, nicht im Sinne des Autors liegt. Es geht vielmehr um eine kritische Auseinandersetzung mit besagtem Sonderweg.

Das Beispiel der Hauptstädte zeigt, dass der Neoliberalismus je nach Land, Region und Ort sehr unterschiedliche Folgen hatte und dass sich die Auswirkungen der Reformen keineswegs auf das östliche Europa beschränkten. Vor allem Deutschland war massiv betroffen, aber das lässt sich nur in einem weiteren, europäischen Kontext verstehen.

Ursprünge des Neoliberalismus

Die wirtschaftswissenschaftlichen und politischen Ursprünge des Neoliberalismus reichen in die frühe Nachkriegszeit zurück, als der österreichische Ökonom Friedrich von Hayek in der Mont Pelerin Society eine Gruppe Gleichgesinnter versammelte, die ein Gegenmodell zur sowjetischen Planwirtschaft und zum keynesianischen Wohlfahrtsstaat schaffen wollten. Zentrale Ziele dieser logenartig organisierten, internationalen Gesellschaft waren eine freie Marktwirtschaft, freier Wettbewerb – der Freiheitsbegriff blieb somit primär auf die Wirtschaft bezogen – und ein Staat, der sich auf seine Grundfunktionen beschränkte.¹² Diese Ausrichtung ist nur im historischen Kontext der Nachkriegszeit verständlich, als die Wirtschaftspolitik in der westlichen Welt noch stark vom New Deal und dem damit verbundenen staatlichen Interventionismus geprägt war. Dieser Kontext erklärt auch, warum sich die Lehren Hayeks und seiner Mitstreiter (darunter der einflussreiche Publizist Walter Lippmann, der den Begriff des Kalten Krieges prägte) zunächst nur bedingt durchsetzen konnten.

In den Wirtschaftswissenschaften dominierte bis in die siebziger Jahre die »neoklassische Synthese« von Paul Samuelson (seine Schriften zählen bis heute zu den Grundlagentexten der Volkswirtschaftslehre), die eine Brücke zu den Keynesianern schlug.¹³ Infolge der »Stagflation« (geringes Wirtschaftswachstum in Kombination mit hoher Inflation) nach der Ölkrise und der steigenden staatlichen Budgetdefizite gerieten die Keynesianer in den USA und England und mit Verzögerung in Kontinentaleuropa in die Defensive. Anstelle der Regulierung der Wirtschaft und der staatlichen Stützung

der Nachfrage setzten Ökonomen vermehrt auf eine angebotsorientierte Politik und den Monetarismus, das heißt die Steuerung der Wirtschaft durch die Geldmenge. Diese Aufgabe sollten von der Regierung unabhängige Zentralbanken erledigen, deren erstes Ziel in der Bekämpfung der Inflation lag.

Dieser Paradigmenwechsel wurde wesentlich von der Chicago School rund um Milton Friedman beeinflusst, einem Anhänger Hayeks und langjährigem Mitglied der Mont Pelerin Society. Zu den Grundlagen der Chicago School gehört der Glaube an die Effizienz von Märkten und die Rationalität von Marktteilnehmern. Diese Dogmen wurden im »Washington Consensus« von 1989 festgeschrieben, an dem die Weltbank, der IWF, das US-Finanzministerium und hochrangige Mitglieder des US-Kongresses beteiligt waren. Eigentlich zielte dieser »Konsens« auf die überschuldeten, von hoher Inflation geplagten Länder Südamerikas ab, er wurde dann aber in den postkommunistischen Staaten ebenfalls angewandt. Das erste Element dieser Übereinkunft war eine Art Krisenintervention, die ökonomische Stabilisierung von Ländern mit hoher Inflation und hohen Schulden durch eine strikte Spar- bzw. Austeritätspolitik. Es würde hier zu viel Platz beanspruchen, alle zehn ökonomischen Gebote des Washington Consensus wiederzugeben (den Dekalog hatte der Ökonom John Williamson verfasst) – im Vordergrund stand die Triade Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Auch »Foreign Direct Investments« und somit der Finanzkapitalismus spielten bereits eine prominente Rolle bei dieser globalen wirtschaftspolitischen Rezeptur.¹⁴ Es gab selbstverständlich schon in den neunziger Jahren Kritiker des Washington Consensus und der Chicago School, aber diese fanden erst nach dem New Yorker Börsencrash von 2008 und dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise breiteres Gehör. Joseph E. Stiglitz hat vor allem den »Marktfundamentalismus« (den Glauben an sich selbst regulierende und ins Gleichgewicht bringende Märkte), die Überhöhung des Privateigentums und das Vertrauen in das rationale Agieren der Marktteilnehmer angegriffen.¹⁵

Ein Problem bei der Eingrenzung und Definition des Neoliberalismus liegt darin, dass sich die Anhänger dieser Denkrichtung nur in der frühen Nachkriegszeit so nannten. Die Vorsilbe »neo«

sollte die Kritik am Versagen des klassischen Liberalismus in der Zwischenkriegszeit und in der Weltwirtschaftskrise von 1929 zum Ausdruck bringen. Im Lauf seiner Karriere distanzierte sich Milton Friedman von dieser Bezeichnung, auch John Williamson sieht darin nur einen politischen Kampfbegriff.¹⁶ Die Kritiker des Neoliberalismus zielen somit auf einen Gegenstand, der flüchtig ist und mit dem sich zeitgenössische Wirtschaftswissenschaftler oder Politiker nicht anfreunden können. Der Neoliberalismus ist überdies auch deshalb schwer zu definieren, weil er von sehr verschiedenen Akteuren vertreten wurde, von Professoren an kleinen Colleges und bekannten Universitäten, von großen Thinktanks wie der konservativen Heritage Foundation in den USA und von mehr oder weniger mächtigen Politikern. Dieter Plehwe zufolge muss der »hegemoniale Neoliberalismus [...] als politische Philosophie und politische Praxis plural gedacht werden.«¹⁷ Es handelt sich somit um ein »moving target«, das sich laufend verändert, anpasst und gerade deshalb so wirkmächtig ist. Genau darum geht es in den chronologisch geordneten, empirischen Kapiteln.

Es wäre verkehrt, den Neoliberalismus im historischen Rückblick als homogenes, in sich geschlossenes Gedankengebilde darzustellen. Es gab immer wieder heftige Diskussionen zwischen seinen Hauptvertretern, zum Beispiel um die Zentralbanken, die im Monetarismus und bei den Schocktherapien eine zentrale Rolle spielten – was sich nicht so recht mit der Abneigung gegen staatliche Interventionen vertragen. Vielleicht noch folgenreicher als diese akademischen Debatten waren die Abweichungen in der Praxis. Schon der Thatcherismus und die Reaganomics, später die radikalen Reformen im postkommunistischen Europa erzeugten nichtintendierte Effekte, die Korrekturen und Anpassungen erzwangen.

Ferner ist zwischen neoliberaler Rhetorik und Praxis zu unterscheiden. Im postkommunistischen Europa wurden viele neoliberale Fensterreden gehalten, um internationale Kreditgeber und Investoren anzulocken oder zufriedenzustellen. Die Praxis sah oft ganz anders aus als diese »Speech Acts« und war von Kompromissen und Pragmatismus geprägt. Trotz dieser Abweichungen von der reinen Lehre sprangen im Laufe der Zeit alle postkommunistischen Länder

auf den neoliberalen Zug auf und führten entsprechende Reformen durch, die einen früher, die anderen (darunter die Bundesrepublik) später. Wegen dieser zwar unterschiedlichen, aber letztlich doch universellen Anwendung der Triade Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung kann man von einer neoliberalen Hegemonie sprechen. Um diese Hegemonie zu verstehen, ist ein Vergleich mit dem Nationalismus, der erfolgreichsten Ideologie des 19. Jahrhunderts, erhellend. Der Nationalismus war ideologisch ebenfalls diffus, wurde von sehr unterschiedlichen Akteuren vertreten und ließ sich an die Bedürfnisse staatenloser Nationalbewegungen und großer Imperien, ländlicher und industrieller Gesellschaften anpassen. Und doch blieben stets zwei ideologische Ziele erhalten: das Streben nach Eigenstaatlichkeit (bzw. die Stärkung der Macht des bereits existierenden Staates) und die möglichst weitgehende Übereinstimmung von Staat und Nation. Im Neoliberalismus gab es ebenfalls einige ideologische Fixpunkte, den Primat der Ökonomie, eine grundsätzliche Kritik am Staat sowie die Intention, ihn zurückzudrängen (eines der Motive hinter der breit angelegten Privatisierung), und ein bestimmtes Menschenbild, das des Homo oeconomicus. Eine weitere Parallele zwischen dem Neoliberalismus und dem modernen Nationalismus liegt darin, dass sich nur wenige Nationalisten als solche bezeichneten, da sie diese Zuschreibung als abwertend empfanden. Dennoch hat die Nationalismus-Forschung, die den Begriff wertneutral versteht, wesentlich zum Verständnis dieser Ideologie und einer Epoche der Geschichte (des »langen« 19. Jahrhunderts) beigetragen. Diese Studien begannen ebenfalls zeitnah, die ersten wissenschaftlichen Arbeiten über den Nationalismus erschienen in den dreißiger Jahren. Selbstverständlich sind diese Publikationen heute überholt, ebenso wird es irgendwann diesem Buch ergehen. Trotzdem ist eine Orientierung, ein historischer Überblick nötig, um das heutige Europa und die neue Ordnung auf dem alten Kontinent zu verstehen.

Die populäre Kritik am Neoliberalismus beruht auch darauf, dass zu viele politische Lager und Richtungen in einen Topf geworfen werden. Gelegentlich wird der Neoliberalismus mit dem Neokonservatismus verwechselt, den George W. Bush während seiner um-

strittenen Präsidentschaft vertrat und der auf einem traditionellen Familienbild, dem Ideal des amerikanischen Kleinstadtlebens in der Nachkriegszeit und protestantisch-freikirchlichen Werten beruht. Diese Weltanschauung wäre europäischen Neoliberalen wie Friedrich von Hayek reichlich fremd gewesen. Neokonservative wie Francis Fukuyama und Liberale eint jedoch die Überzeugung, dass das Telos der Geschichte in einer marktwirtschaftlich-demokratischen Ordnung westlichen Typs liegt.

Es geht in diesem Buch, das sei nochmals unterstrichen, nicht um eine weitere, mittlerweile modische Fundamentalkritik am Neoliberalismus, sondern um dessen Anwendung und soziale Folgen. Die sogenannten »Reformländer« dienen als Experimentierfeld neoliberaler Politik, wobei das nicht heißt, dass sie westliche Modelle und Vorgaben eins zu eins übernahmen.¹⁸ Die Geschichte der »Transformation« kann somit einen Einblick geben, wie der Neoliberalismus in der Praxis funktioniert. Damit ist nicht nur die Ebene der »political economy« gemeint, sondern es geht auch um die Auswirkungen auf das Verhalten, die Werte und den Alltag der Menschen.

Der Begriff der Transformation

Der Begriff der Transformation ist nicht frei von neoliberalen Einflüssen, denn die sozialwissenschaftliche Forschungsrichtung gleichen Namens meinte damit den teleologisch gedachten Übergang von der Diktatur zur Demokratie und von der Plan- zur Marktwirtschaft (als den ersten beiden Dimensionen der Transformation). Im Laufe der Jahre interessierten sich die Experten vermehrt für den Umbau des Staates (dritte Dimension der Transformation) und in jüngster Zeit für den Einfluss externer Akteure wie der Weltbank, dem IWF oder der EU (vierte Dimension der Transformation).¹⁹ Aus diesen weitgespannten Forschungsfeldern sind große Mengen an Fakten, Daten und Analysen hervorgegangen, die für geschichtswissenschaftliche Studien unverzichtbar sind. Zugleich ist zu berücksichtigen, dass die Experten und Expertisen Bestandteile der historischen Transformationsdiskurse waren. Es handelt sich somit

jedenfalls bei älteren Beiträgen um Quellen, denen auch auf semantischer Ebene kritische Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Neben dem Blick auf sozialwissenschaftliche Nachbardisziplinen wird eine zweite, zeitliche Grenzüberschreitung gewagt. Das Jahr 1989 gilt häufig als eine Art »Stunde null«. Allerdings konnte man in den Zentren des Ostblocks schon in den achtziger Jahren erfolgreichen Geschäftsleuten und überzeugten Anhängern der Demokratie begegnen. Dieses *Humankapital* für die Transformation lässt sich nicht »messen« wie harte Wirtschaftsdaten, spielte jedoch besonders in den neunziger Jahren eine wichtige Rolle und kann zum Beispiel dabei helfen, das polnische »Wirtschaftswunder« und dessen Ausbleiben in anderen Ländern zu erklären. Doch es wäre verkehrt, sich allein auf die internen gesellschaftlichen Ressourcen und politischen Veränderungen zu konzentrieren.

Es gibt auch eine gesamteuropäische und globale Vorgeschichte des Umbruchs. Im Jahrzehnt vor 1989 begann mit dem Thatcherismus und den Reagonomics ein Zeitalter neoliberaler Reformen. Das Scheitern der Perestroika (wörtlich: Umbau oder Umstrukturierung) verschob die Akzente weiter in diese Richtung. War die Zäsur von 1989 – de facto dauerte die revolutionäre Phase des Umbruchs ohnehin bis 1991 – demnach weniger tief als allgemein angenommen? Diese Frage öffnet den Blick für Kontinuitäten und lässt besser verstehen, warum sich bestimmte Länder oder Regionen seit den neunziger Jahren dynamischer bzw. auf anderen »Pfadern« entwickelt haben als ihre Nachbarn.

Eine dritte Grenzüberschreitung betrifft den Raum. Die Transformation wurde bislang in einem territorialen Container betrachtet, den man mit Raumbegriffen wie »Eastern Europe« eingrenzte. Zwar verglichen vor allem Politologen den politischen Systemwandel in Osteuropa mit Südamerika und anderen Teilen der Welt, so etwa Samuel Huntington in seinem Klassiker über die drei Wellen der Demokratisierung.²⁰ Aber die ehemalige Blockgrenze in Europa blieb in der Forschung eigenartig intakt. Darin zeigt sich die Fortwirkung des Kalten Krieges und seines Mental Mappings mit der Unterteilung Europas in Ost und West. Außerdem wurde die ehemalige DDR von der anglophonen Transformationsforschung selten

berücksichtigt, als wäre sie ab der Vereinigung ein Teil der prosperierenden westlichen Welt gewesen. Die jüngere deutsche Zeitgeschichte lässt sich jedoch besser unter der Prämisse verstehen, dass es sich bei der Bundesrepublik um ein Transformationsland handelt, wenngleich die neoliberalen Reformdiskurse die »alten« Bundesländer erst Anfang des neuen Jahrtausends und somit etwa ein Jahrzehnt später erreichten.

Der sozialwissenschaftliche Begriff der »Transformation« bezeichnet, wie bereits erwähnt, den politischen und wirtschaftlichen Systemwandel und dessen gesellschaftliche Folgen. In den neunziger Jahren entstand unter diesen Parametern ein gut ausgebautes Forschungsfeld, die sogenannte Transformationsforschung. Ein zentraler Gegenstand war der politische Systemwandel und die Konsolidierung der Demokratie. Dabei wurden im Blick auf die postkommunistischen Staaten der Auf- und Abstieg politischer Parteien, das Wahlverhalten und die Einstellungen der Bevölkerung zur Demokratie untersucht.²¹ Ein zweiter Themenkomplex waren die Wirtschaftsreformen und insbesondere die Privatisierung mit all ihren Begleiterscheinungen und Folgen wie Korruption und massenhafte Arbeitslosigkeit.

Aufgrund der Fortschritte bei den Reformen und der Erweiterung der EU ließ die Anziehungskraft des Begriffes nach. Padraic Kenney zog 2006 als erster Historiker ein vorläufiges Resümee über die Transformationszeit.²² Für Geschichtswissenschaftler, die sich von Berufs wegen mit Veränderungen im Laufe der Zeiten befassen, kann der Begriff der Transformation nur sinnvoll sein, wenn er spezifisch verwendet wird. Aus zeithistorischer Perspektive bezeichnet Transformation demnach einen besonders tiefgreifenden, umfassenden und beschleunigten Wandel des politischen Systems, der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Dieser Wandel begann, darauf wurde bereits hingewiesen, vor den Umwälzungen von 1989. Dennoch wäre es falsch, diese Zäsur zu unterschätzen. Charles Tilly ordnet sie ähnlich wie die Soziologin Theda Skocpol in den Kanon der großen europäischen Revolutionen ein.²³ Der wesentliche Unterschied zu 1789, 1848 und 1917 liegt im weitgehenden Fehlen des Faktors Gewalt und einer allgemeinen

Zerstörungswut. Sofern 1989 Gewalt angewendet wurde, etwa in Rumänien, im noch sowjetischen Litauen sowie Georgien und bekanntlich auf dem Tiananmen-Platz in Peking, war dies ein Machtmittel und Ausdruck der Gegenrevolution. Der Umbruch von 1989-91, der im Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit ihrer Teilrepubliken endete, steht also in mancher Hinsicht quer zum traditionellen Revolutionsverständnis.

Zygmunt Bauman hat eine Brücke zwischen Revolution und Transformation gebaut, indem er auf den starken politischen und gesellschaftlichen Gestaltungswillen der revolutionären Eliten von 1989 verweist.²⁴ Demnach liegt die Transformation, selbst wenn sie später auf unterschiedlichen Entwicklungspfaden verlief, in einem zeitlichen und handlungslogischen Kontinuum zu den vorhergehenden Revolutionen. Das heißt, dass man sie als postrevolutionären Wandel betrachten kann. Aus historischer Perspektive ist ferner zu bedenken, dass manche früheren Revolutionen, etwa jene von 1848/49, auf halbem Wege steckenblieben oder scheiterten und keinen tiefgreifenden Wandel des politischen Systems oder der Wirtschaftsordnung auslösten. Umgekehrt muss nicht jede Transformation auf eine Revolution im engeren Sinne zurückgehen. Ein Beispiel ist die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als sich in Ostmittel- und Südosteuropa und in Teilen Westeuropas (zum Beispiel in Irland) sehr viel bleibend änderte. Das lag am Zusammenbruch der alten, imperialen Ordnung. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Transformation Europas seit den achtziger Jahren mit früheren Umbrüchen vergleichbar ist. Auch daher eignet sie sich als historisches Forschungsgebiet.

Ein weiterer, vom Soziologen Claus Offe in die Diskussion eingebrachter Aspekt zur Definition der Transformation ist die Gleichzeitigkeit des Wandels von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.²⁵ Offe schließt damit an ältere Überlegungen von Reinhart Koselleck zur (Un-)Gleichzeitigkeit und Temporalität historischer Prozesse an. Für die Epoche der Transformation war ein spezifisches Zeitverständnis charakteristisch, das Gefühl einer rasenden Zeit, in der ein historischer Moment den anderen ablöste. In der Tat drehte sich das sprichwörtliche »Rad der Geschichte« von 1989 bis 1991 atemberau-